

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Wolme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 180

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Montag, den 4. August

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

In einem Erlaß des preussischen Finanzministers werden Vorschläge zur allmählichen Einsparung von 10 000 Lehrstellen gemacht.

Die bayerische Regierung hat eine Notverordnung zur Einführung der Schlachtsteuer erlassen, die vom Landtage abgelehnt wurde.

Bei einem Explosionsunglück in Knapack bei Köln wurden drei Arbeiter getötet.

Italiens Ministerpräsident, Mussolini, soll schwer erkrankt sein, nimmt aber trotzdem die Regierungsgeschäfte wahr.

Kalte Polonisierung.

Seit zehn Jahren gibt es einen Freistaat Danzig, — und fast ebenso lange haben die Danziger Grund auf Grund, sich über ihre Nachbarn, die Polen, zu beschweren. Denen war es eine schwere Enttäuschung, daß sie außer dem „Korridor“ nicht auch die alte ferndeutsche Ostseestadt erhielten, nicht aus „Danzig“ direkt ein „Gdanst“ machen konnten. Und darum setzte sehr bald der Versuch ein, diese Eroberung auf dem „kalten“ Wege einer wirtschaftlichen Einkreisung und Luftabschnürung zu erreichen. Trotzdem in Danzig sogar ein Völkerbundskommissar sitzt, der den Freistaat zwar sehr viel Geld kostet, von dessen Eintreten für Danziger Interessen sie aber herzlich wenig hören.

Alle Welt weiß, zu welchem Zweck Polen das frühere kleine Fischerdorf Gdingen zu einem großen Hafen ausgebaut hat, obwohl die Warschauer Regierung durch den Versailler Vertrag, der alle diese Unmöglichkeiten schuf, ebenso wie durch Sonderabmachungen verpflichtet war, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Wie wenig man sich in Warschau daran hielt in all diesen zehn Jahren, lehnen die Tatsachen. Während der Danziger Handel mit immer größeren Schwierigkeiten kämpft, ist der Warenumschlag in Gdingen in einem geradezu amerikanischen Tempo hochgeschossen. Gdingen ist der Ostseehafen Polens geworden. Und was soll da aus Danzig werden? Dieser kleine Freistaat ist doch wirtschaftlich gesehen gar kein Hinterland für die große Stadt. Eine lange Beschwerdeschrift der Danziger Handelskammer stellt ausführlich dar, wie sämtliche amtlichen Stellen in Polen alles und jedes tun, die polnische Ein- und Ausfuhr von Danzig ab- und nach Gdingen hintüberzuleiten. Das ist bei der Unzahl zwangswirtschaftlicher Maßnahmen, die in Polen für den Handelsverkehr bestehen, keine schwierige Sache, und wenn die ostpreussische Kohle von Rattowis nach Gdingen rollt, so braucht sie für die Fracht etwa die Hälfte von dem zu bezahlen, was die deutsche Fracht von Weithen nach Stettin kostet. „Die polnische Regierung und Verwaltung lenken planmäßig und systematisch durch ihre weber mit dem Vertrag noch mit Entscheidungen zu vereinbarenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Ausfuhrregelung, der Exportprämien und Ausfuhrsyndikate, der Einfuhrkontingentierung, der Gewährung von Zollfreiheit bzw. Zollermäßigungen, der Gebühren- und Steuerpolitik und der Monopolgesetzgebung den Warenverkehr in ständig steigendem Maße nach Gdingen,“ so klagt die Danziger Handelskammer. Klagt und klagt an —, aber wo ist der Richter, der hier nicht bloß Recht sprechen, sondern dies Recht auch durchzusetzen vermöchte! Da ist es denn kein Wunder, wenn die Arbeitslosigkeit in Danzig verhältnismäßig erschreckend hoch ist. Dafür hat eine Völkerbundsentscheidung aber mitten in den Danziger Hafen hinein ausgedehnte polnische Munitionsdepots errichten lassen, die natürlich von polnischen Soldaten bewacht werden.

Aber es ist sozusagen offizielles polnisches Dogma, daß der wirklich „freie Zugang zum Meer“ für diesen neuen Staat nur über Danzig gehe. Doch nicht bloß mit der Schaffung des Hafens Gdingen legte Polen die Hand an die Gurgel des Danziger Wirtschaftslebens, sondern auch die Eisenbahn des Freistaates ist abhängig von polnischem Wohl- oder Unwohlsein. Man ist sich in Danzig dieser Lage viel zu sehr bewußt, um nicht alles zu versuchen, mit Polen handelspolitisch einigermaßen auf einen vernünftigen Fuß zu gelangen.

Vor kurzem erst haben zwischen Danzig und Polen lange wirtschaftspolitische Verhandlungen stattgefunden, die mit den üblichen „warmen Worten“ geschlossen wurden. Und nun der Notzettel der Danziger Handelskammer an den Völkerbundkommissar! Dabei muß man gegenüber diesen Versuchen einer kalten Polonisierung Danzigs darauf hinweisen, daß dort unter einer Bevölkerung von etwa 390 000 Einwohnern nur 10 000 Menschen polnischer Zunge wohnen. Polen hat als zielbewußten Leiter dieser gar nicht mehr verhohlenen Politik in Danzig einen „Minister“ mit dem echt polnischen Namen Straßburger sitzen; rücksichtslos nutzt er gegen den deutschen Charakter der Stadt all die für Polen so günstigen macht- und wirtschaftspolitischen Umstände aus, die der Versailler Vertrag geschaffen hat und die Polen geradezu reizen müssen, den „freien Zugang zum Meer“ möglichst bald nicht mehr über Gdingen, sondern über Danzig zu suchen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Schwierige Kredite für die Osthilfe?

Freiherr v. Freytag-Loringhoven hat an den Reichsbankpräsidenten Dr. Luthar ein Schreiben gerichtet, in dem

Notverordnung auch in Bayern

Die bayerische Schlachtsteuer.

Gültig vom 15. August ab.

Das Gesamtministerium des Freistaates Bayern hat auf Grund des § 64 der Verfassungsurkunde eine Verordnung über die vom Landtag abgelehnte Einführung der Schlachtsteuer erlassen. Die Verordnung trägt die Unterschriften des Ministerpräsidenten Dr. Held sowie der Staatsminister Görtner, Dr. Stübel, Goldenberger, Schmelzle. Die Verordnung tritt am 15. August in Kraft. Das Finanzministerium wird mit den beteiligten Staatsministerien die zum Vollzug der Verordnung erforderlichen Vorschriften erlassen. Der Steuersatz beträgt wie in Sachsen und in Baden für ein Pfund Schlachtfleisch durchschnittlich 2½ Pfennig.

Vor kurzem hatte die bayerische Regierung dem Haushaltsausschuß des Landtages die Forderung auf Einführung der Schlachtsteuer zur Deckung des Staatsbedarfs vorgelegt. Finanzminister Dr. Schmelzle drohte für den Fall der Ablehnung mit der Notverordnung. Aber der Ausschuß fügte sich nicht und lehnte die Steuer ab. Auch in der Landtagsvollversammlung, an welche die Regierung appellierte, drang ihr Begehren nicht durch. Der Landtag lehnte die Verordnung ab und faßte noch den Beschluß, die Regierung sei aus diesem Anlaß nicht be-

rechtigt, den Landtag aufzulösen. Regierung und Landtagsmehrheit stehen sich nun in Kampfstellung gegenüber.

Konflikt Regierung-Landtag.

Da der Landtag seiner Auflösung widerspricht, sind für die nächste Zeit wohl noch Verschärfungen der Spannung zwischen Regierung und Landtag zu erwarten, zumal die Volksvertretung sich nicht etwa vertagt hat. Es wird wahrscheinlich also bald, bei Durchführung der Verordnung, zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen. Nach der bayerischen Verfassung kann aber die Notverordnung nicht durch einen einfachen Beschluß des Landtages wieder außer Kraft gesetzt werden, sondern nur auf dem Wege über ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung und ihren Rücktritt. Ebenso wie in Bayern Notverordnungen auf Grund des Artikels 64 nur durch das Gesamtministerium erlassen werden können, können sie auch nur durch das Gesamtministerium wieder zurückgezogen werden. Für eine Regierungsbildung durch die jetzige Opposition des Landtages besteht aber keine Möglichkeit, so daß das jetzige Ministerium auch in dem Falle, daß es zum Rücktritt gezwungen sein würde, als Geschäftsmministerium im Amt bliebe. Erst die Neuwahl des Landtages könnte praktisch eine Änderung bringen, die aber nicht eher eingesetzt werden kann, als bis ein neues bayerisches Wahlgesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet ist.

Die Arbeitsbeschaffung

Öffentliche Arbeiten.

Wertschaffende Fürsorge.

Die eben begründete „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ will die Errichtung und den Ausbau wertschaffender Anlagen durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen im In- und Auslande fördern, indem sie diese Anleihen den in Frage kommenden Unternehmungen vermittelt. Die Entwicklung der Reichsfinanzen hat dazu geführt, daß trotz steigender Arbeitslosigkeit für die Zwecke der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge in den letzten Jahren immer weniger Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Während im Durchschnitt der Haushaltsjahre 1926 bis 1928 rund 100 Millionen Mark Reichsmittel für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge ausgeben wurden, sind im Haushaltsjahr 1929 nur noch 77 Millionen Mark für diese Zwecke bereitgestellt, für das neue Rechnungsjahr nur noch 45 Millionen Mark.

Davon wird eines erheblichen Teiles nach Mitteilungen von zuständigen Stellen für den Landarbeiterwohnungsbau benötigt. Das Reich hat aus den Maßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ein Vermögen von rund 400 Millionen Mark angesammelt, das in inländischen Darlehensforderungen besteht. Es hat nahegelegen, dieses

er darauf hinweist, daß die ostpreussischen Banken in letzter Zeit Erschwerungen bei der Kreditübergabe vorgenommen haben mit der Begründung, daß die Berliner Banken, auch die Reichsbank, für Kredite nach Ostpreußen größere Sicherheiten verlangen. Durch diese Erschwerungen werde die Osthilfe so gut wie unmöglich gemacht. Der Reichsbankpräsident wird gebeten, solche Maßnahmen bei der Reichsbank rückgängig zu machen und die Finanzierung der ostpreussischen Ernte zu erleichtern.

Sächsischer Einspruch gegen Steuerspionage.

Die sächsischen Handelskammern haben sich mit der Frage befaßt, daß das Reichsfinanzministerium zur Hebung der Steuermoral angeblich auf das Material nicht verzichten könne, das aus Anzeigen privater Personen über Zuwiderhandlung gegen die Steuerabgabengesetze herrühre. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern sind der Ansicht, daß sie die Steuerspionage für unmoralisch und daher für überaus gefährlich halten. Zudem haben sie darauf hingewiesen, die Finanzverwaltung besäße in dem gut eingearbeiteten Buch- und Betriebsprüfungswesen bereits hinreichende Mittel, um auf den Spionagedienst verzichten zu können.

Italien.

Mussolini ernstlich erkrankt?

Die seit einiger Zeit verbreiteten Meldungen über eine Erkrankung Mussolinis scheinen ernstesten Hintergrund zu gewinnen. Mussolini soll an Magenbeschwerden leiden; in neuerer Zeit sei eine Durchlöcherung der Magenschleimhaut eingetreten. Die Ärzte wollten vorläufig eine Operation noch nicht vornehmen, da sie die Verantwortung für den Ausgang nicht übernehmen können. Mussolini macht zurzeit eine strenge Diät durch, versieht aber dabei seine Amtsgeschäfte.

Aus In- und Ausland

Dresden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Sächsischen Landtag hat beantragt, die Regierung zu ersuchen, für den Freistaat Sachsen die Wahlpflicht einzuführen bzw. mit der Reichsregierung über die Einführung der allgemeinen Wahlpflicht zu verhandeln.

Weiskensfeld. Der von der Berufungsinstanz wieder verurteilte französische Sportmann Cavelier hat gegen das

Vermögen zu mobilisieren, um die spärlichen Haushaltsmittel durch Anleihenmittel zu ergänzen. Zu diesem Zwecke haben die Reichskreditgesellschaft A.-G. und die Deutsche Bau- und Bodenkredit A.-G. im Auftrage der Reichsregierung Verhandlungen mit ausländischen Geldgebern aufgenommen, die nunmehr vor dem Abschluß stehen. Dabei hat es sich als notwendig erwiesen, die Darlehensforderungen des Reiches, die als Grundlage der Anleihe dienen sollten, in eine

Gesellschaft des privaten Rechts

einzubringen, die als Schuldnerin der Anleihe und als Gläubigerin der inländischen Darlehen auftritt, und auf diese Weise wird es voraussichtlich möglich sein, in den nächsten zwei bis drei Jahren etwa 180 bis 200 Millionen Mark Auslandsmittel herbeizuholen. Da hierzu noch die eigenen Mittel der Gesellschaft kommen, die ihr an Zinsen- und Tilgungsbeträgen aus ihren Darlehen zufließen, wird sie in der Lage sein, in ausreichendem Maße Mittel für Notstandsarbeiten bereitzustellen. Der Zweck der Gesellschaft ist, die Fortführung der Maßnahmen des Reiches auf dem Gebiete der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu ermöglichen, indem sie den Reichsanteil an der verstärkten Förderung der Notstandsarbeiten beschafft.

Urteil Revision beim Reichsgericht wegen mangelhafter Beweiswürdigung eingelegt.

London. Der König Feisal des Iraks wird sich demnächst nach Bern begeben, um sich dort einer Kur zu unterziehen. Von Bern aus wird er auch Berlin einen Besuch abstatten.

London. Nach einer Meldung wird von der Kanting-regierung mitgeteilt, daß das chinesische Kanonenboot „Jungtscheng“ Tschangtscha nach einer heftigen Beschädigung zurückgekehrt hat. Im Anschluß an das Bombardement wurden Marinesoldaten gelandet, die notdürftig einen Sicherheitsdienst in der Stadt eingerichtet haben.

Bombay. Wieder ist es zu größeren Zusammenstößen zwischen indischen Freiwilligen und der Polizei gekommen. Etwa 180 Personen, darunter die Führer der indischen Nationalisten, wurden verhaftet.

Einsparung von Lehrstellen in Preußen.

10 000 Lehrer weniger.

In den letzten Tagen sind Mitteilungen über den Sparerlaß des preussischen Finanzministers vom 1. Juli d. J. bekanntgeworden, zu denen nunmehr auch die preussische Regierung amtlich Stellung nimmt.

Danach enthält der Erlaß zunächst nur Vorschläge zu Sparmaßnahmen innerhalb der einzelnen Ressorts, zu denen diese Stellung nehmen sollen. Eine besondere Rolle spielen in der öffentlichen Diskussion die Sparvorschläge im Bereich der Unterrichtsverwaltung. Darüber sagt der Erlaß:

„Ich denke hierbei, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens, wie die Einziehung von Volksschullehrerstellen und Zusammenlegung von Klassen der höheren Schulen.“

Der bald fühlbar werdende Mangel an Nachwuchs von Volksschullehrern, die Notwendigkeit, den Bau der Pädagogischen Akademien bei der Lage der öffentlichen Finanzen möglichst zu strecken, andererseits die im Verhältnis zur Vorkriegszeit geringere Klassenfrequenz der Volksschulklassen insbesondere in den Großstädten, in Verbindung mit dem Umstande, daß die Kinderzahl in absehbarer Zeit erheblich zurückgeht, müßte es ermöglichen, im Wege eines dreijährigen Programms durch Zusammenlegung von Schulen und Klassen eine Einsparung von 10 000 Volksschullehrerstellen zu erzielen.“

Mit allem Nachdruck ist zu unterstreichen, daß dieses Programm keinerlei Abbau in der 1924 gewählten Form beabsichtigt. Eine Wiederholung der damals getroffenen

Maßnahmen bleibt vollkommen außer Betracht. Kein Lehrer soll abgebaut werden. Es gibt in Preußen gegenwärtig rund 10 200 Junglehrer. Der Bestand an evangelischen Junglehrern wird im Jahre 1931, der an katholischen Junglehrern im Jahre 1936 aufgebraucht sein. Lehrernachwuchs wird in den nächsten Jahren in geringerem Umfange zur Verfügung stehen. Dazu kommt, daß die Zahl der Schulkinder, die heute 4,3 Millionen gegenüber 6,5 Millionen in der Vorkriegszeit beträgt, weiter zurückgeht. Demgegenüber ist die Zahl der Lehrer von 117 000 in der Vorkriegszeit, wieder unter Einschluss der abgetretenen Gebiete, auf 111 000 gesunken, verhältnismäßig also in geringerem Ausmaß als die der Schulkinder. Die Klassenfrequenz betrug in der Vorkriegszeit im Durchschnitt 63 gegenüber 38,7 heute. Alle diese Momente müssen zu dem Schluss führen, daß eine allmähliche Einsparung von Lehrerstellen ohne Anwendung irgendwelcher Härten durchaus möglich ist, um so mehr, als sich das Einsparungsprogramm auf einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken lässt. Schließlich ist nochmals zu betonen, daß der Erlass zunächst nur Vorschläge enthält, zu denen die Ressorts Stellung zu nehmen haben, ohne daß damit bereits eine Entscheidung getroffen wäre.

Abbau statt Aufbau.

Die Entlassungen in der Metallindustrie. Wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mitteilt, sind laut den Berichten der Mitglieder in der Berliner Metallindustrie bisher folgende Entlassungen ausgesprochen: Siemenskonzern 10 Prozent, das macht bei einer Belegschaft von 186 000 gleich 18 600 Entlassungen, AEG-Apparatefabrik Dreptow 100, Turbinenfabrik 120, Maschinenfabrik 126 plus 15 Pensionierungen, Kabelwerk Oberspree 33 von 1050 Angestellten, AEG-Verwaltung 48 von 3000, Lokomotivfabrik Hennigsdorf 85, Telefonen 29 von 870 Angestellten, auf einen Monat zurückgestellt; Stoll u. Co. über 42 Prozent von 306 Angestellten, Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie 38 von 450, Julius Pintsch 28 von 500, Vorfing 25 von 1283, R. C. Conrad 9 von 92, Deutsche orthopädische Werke 6 von 60, Polyphon 20, Zwietsch u. Co. 21 von 450, Steffens u. Nölle 6, etwa 8 Prozent der Belegschaft, Drenstein u. Koppel 28 von 600, Löse u. Co. 80 von 700, Otto Zachmann 5 von 40, AEG, Hennigsdorf II 42 von 450, AEG, Transformatorfabrik 90 von 812, F. Buhle 8 von 50, AEG, Aderstraße 40 von 480 und 7 Pensionierungen, S. S. B. Techn. Bureau Berlin 10 von 275, AEG-Stadt-Abteilung Norden 5 von 32, Vereinigte Kugellagerfabriken 40.

Schlechte Aussichten für Preisabbau.

Die Lebenshaltungskosten steigen. Das Statistische Reichsamt berichtet, daß der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (dessen Basis 1913 gleich 100 Prozent ist) im Verlauf des Monats Juli von 147,6 auf 149,3 Prozent gestiegen ist. Schon im Juni war eine Steigerung von 146,7 auf 147,6 Prozent erfolgt, und die Lebenshaltungskosten sind bereits wieder auf der Höhe des Jahresbeginns angelangt. In den letzten zwölf Monaten sank der Großhandelsindex für Agrarstoffe von 132 auf 110 Prozent, während gleichzeitig der entsprechende Kleinhandelsindex für Ernährung nur von 156 auf 146 Prozent zurückging.

Aus der Wahlbewegung.

Einen Erlass des preussischen Innenministers zu den Wahlen veröffentlicht eine Sondernummer des Ministerialblattes. In eingehender Weise befaßt sich die Rundgebung mit der Vorbereitung der Reichstagswahl am 14. September 1930. Der Erlass behandelt die Wahlrechtsvorschriften, die Stimmlisten und Stimmzettel, trifft Anordnungen über die Ernennung der Wahlleiter und die Zulassung von Kreiswahlvorschlägen, die Herstellung der Stimmzettel und Stimmzettelumschläge, die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Abstimmungsvorstände usw.

Staatspartei und Volkspartei.

Der vorläufige Führer der neugegründeten Staatspartei, Dr. Koch-Weser, richtete an den Vorsitzenden des Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, ein Schreiben, in dem er den Vorschlag machte, um die erstrebte allgemeine Sammlung der bürgerlichen Mitte zu erleichtern und nicht etwa an den Persönlichkeiten scheitern zu lassen, sollten beider Herren, sowohl Dr. Koch wie Dr. Scholz, aus der Leitung zurücktreten und diese anderen Kräften überlassen. Zu diesem Vorschlag nimmt jedoch die Nationalliberale Korrespondenz, das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei, in scharf ablehnender Weise Stellung. Dr. Koch hat jedoch sein Amt vorübergehend niedergelegt. In seine Stelle tritt in der Führung der Staatspartei der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Mischow.

Sozialdemokratie und Zentrum.

Der sozialdemokratische Führer Dr. Breitscheid antwortete in einer Versammlung in Köln auf die kürzlichen Vorwürfe des Reichstagsabgeordneten Brüning wie der Zentrumsführer Kaas und Heß. Er führte u. a. aus: Die Sozialdemokratie muß verhindern, daß aus der Minderheit, die bisher hinter der Regierung Brüning gestanden hat, eine Mehrheit wird. Das ist das Ziel des Wahlkampfes. Das frühere Zusammenarbeiten mit dem Zentrum kann nicht verhindern, daß die Sozialdemokratie dem System, das unter dem Kabinett Brüning entstanden ist, sich so energisch wie möglich widersetzt.

Nothilfe für Neurode.

Gegen das Wohnungselend.

Zu den bereits mitgeteilten Beschlüssen des Verwaltungsausschusses des Bergmannsfonds für das niederschlesische Steinkohlenrevier erfährt man über die geplante Verwendung der öffentlichen und privaten Spenden noch folgendes:

Die öffentlichen Mittel sollen nicht nur den von dem Neuroder Unglück, sondern auch von früheren und zukünftigen Einzelunglücksfällen Betroffenen zugute kommen. Etlich ist der 29. Juli 1929, der Tag des Hernsdorfer Unglücks. Diese Mittel sollen weiter verwendet werden zur Linderung des Wohnungselends im niederschlesischen Kohlenrevier. Das entspricht dem Reichstagsbeschluss vom 15. Juli 1930, wonach die vom Reich bewilligten Mittel außer der Unterstützung der Hinterbliebenen tödlich verunglückter Bergleute des Waldenburg-Neuroder Steinkohlenreviers der Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses Bezirks dienen sollen.

Die von privater Seite aufgebrachtten Mittel sind ausschließlich für Neurode bestimmt. Da aber in dem Waldenburg-Bezirk jährlich 75 bis 100 Opfer des Bergbaus gezählt werden, sind, um auch diesen in ähnlicher Weise wie im Neuroder Bezirk zu helfen, Gelder des Bergmannsfonds für eine gleichartige Fürsorge in Waldenburg Stadt und Land bereitgestellt.

Deutsch-finnischer Handelsvertrag.

Die Industrie für Aufrechterhaltung.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag wandte sich, da die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrags

bieder in den Bereich der Möglichkeiten gezogen wird, an die Reichsregierung mit dem dringenden Ersuchen, von einem derartigen Schritte abzusehen. Er geht dabei nicht nur von den Rücksichten aus, daß das Ausfuhrgeschäft nach Finnland, das sich bisher sehr günstig entwickelt hatte, leiden müßte, sondern legt den Hauptwert darauf, daß durch eine derartige Maßnahme unsere bisherige Handelspolitik erheblich durchkreuzt, wenn nicht stark beeinträchtigt werden könnte. Nach Meinung des Deutschen Industrie- und Handelstages wäre die Kündigung des Vertrages mit Finnland zur Vereinigung der ohnehin genügend verworrenen Verhältnisse gegenüber diesem deutschen Abnehmerlande ein durchaus ungeeigneter Schritt.

Ernteaussichten in Preußen.

Nach dem Statistischen Landesamt.

Da das unbeständige Wetter des Monats Juli auf die Ergebnisse der Erntevorschätzung nicht ohne Einfluss sein konnte, haben die amtlichen Berichtersteller bereits am den 20. Juli herum erneut die voraussichtlichen Ernteträge geschätzt. Danach haben sich die Ernteaussichten infolge der ungewöhnlich starken Regennengen, die während des vergangenen Monats im gesamten Gebiet des Freistaates fielen, erheblich verschlechtert.

Der Getreidertrag des Winterroggens wurde am 20. Juli auf 15,8 Doppelzentner geschätzt (Schätzung am 1. Juli: 18,1 Doppelzentner). Der voraussichtliche Körnerertrag dürfte sich somit auf 5,5 Millionen Tonnen stellen gegenüber einer Ernte von 6 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Für den Sommerroggen erwartet man nach der Schätzung vom 20. Juli einen Getreidertrag von 11,1 Doppelzentnern (Schätzung am 1. Juli: 13,1 Doppelzentner). Der voraussichtliche Körnerertrag dürfte sich somit auf 4,7 Millionen Tonnen stellen gegenüber einer Ernte von 5,9 Millionen Tonnen im Jahre 1929.

Der Getreidertrag des Winterweizens stellt sich nach der neuesten Schätzung auf 20,6 Doppelzentner (Erntevorschätzung am 1. Juli: 22,6 Doppelzentner). Der Körnerertrag dürfte sich somit auf 1,889 Millionen Tonnen stellen gegenüber einer Ernte von 1,7 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Die zu erwartende größere Erntemenge ist auf die um 13,2 Prozent gegenüber 1929 erhöhte Anbaufläche des Winterweizens zurückzuführen.

Vom Getreide ist der Sommerweizen der am 20. Juli auf 18,5 Doppelzentner geschätzt worden (Schätzung am 1. Juli: 20,5 Doppelzentner). Die voraussichtliche Erntemenge dürfte sich hierauf auf 2,01 Millionen Tonnen stellen gegenüber einer Ernte von 1,97 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Das ist auf die 25prozentige Anbauflächensteigerung zurückzuführen.

Bei der Wintergerste wird der Getreidertrag am 20. Juli auf 21,9 Doppelzentner geschätzt (Erntevorschätzung am 1. Juli: 23,7 Doppelzentner). Der voraussichtliche Körnerertrag dürfte sich hierauf auf 2,1 Millionen Tonnen stellen gegenüber einer Ernte von 2,01 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Das ist auf die 14,7 Prozent gegenüber 1929 vergrößerte Anbaufläche zurückzuführen.

Für die Sommergerste erwartet man nach der Schätzung vom 20. Juli einen Getreidertrag von 17,4 Doppelzentnern (Erntevorschätzung am 1. Juli: 19,3 Doppelzentner). Der voraussichtliche Körnerertrag dürfte sich hierauf auf 1,72 Millionen Tonnen stellen gegenüber einer Ernte von 1,889 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Das ist auf die 13,2 Prozent gegenüber 1929 vergrößerte Anbaufläche zurückzuführen.

Der Haferertrag vom Getreide ist am 20. Juli auf 16,1 Doppelzentner geschätzt worden (Erntevorschätzung am 1. Juli: 18,3 Doppelzentner). Der voraussichtliche Körnerertrag dürfte sich hierauf auf 1,6 Millionen Tonnen stellen gegenüber einer Ernte von 1,5 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Das ist auf die 1,5 Millionen Tonnen zu rechnen sein.

Maßnahmen der Schweiz gegen die Kinderlähmungsseuche.

Erschwerte Einreise elsfässischer Kinder.

Das schweizerische Gesundheitsamt hat Vorkehrungen getroffen, um das Einschleppen der spinalen Kinderlähmung, die im Elsaß auftritt, nach Möglichkeit zu verhindern. Die schweizer Konsulate in Straßburg und Mühlhausen wurden angewiesen, bekanntzugeben, daß Gruppen von elsfässischen Kindern zum Ferienaufenthalt in der Schweiz nur einreisen dürfen, wenn ihre Begleiter an der Grenze eine Bescheinigung vorweisen können, daß in den Orten, aus denen die Kinder stammen, kein Fall von Kinderlähmung vorgekommen ist. Ferner sollen die Kinder nach der Einreise noch einige Tage ärztlich überwacht werden. Dagegen hält man eine Kontrolle aller Reisenden, die aus dem Elsaß nach der Schweiz kommen, nicht für durchführbar.

Vatikanische Münzen.

Der Papst läßt Geld prägen.

In kurzem wird nach dem Frieden zwischen Staat und Kirche in Italien nunmehr auch päpstliches Geld in den Verkehr gelangen. In Rom wurde von dem italienischen Finanzminister und dem Gouverneur der Vatikanstadt eine Münzvereinbarung unterzeichnet, die der königlich-italienischen Münze in Rom das ausschließliche Recht der Prägung vatikanischer Münzen zusichert. Die Vatikanmünzen sind dafür in Italien zu ihrem Kurswert als Zahlungsmittel zugelassen. Besondere Bestimmungen regeln die Summe der Vatikanmünzen, die während der zehn Jahre, für die das Abkommen Gültigkeit hat, geprägt werden können. Hiernach besteht keine Beschränkung für Goldmünzen, während der Wert der Silbermünzen 750 000 Lire, der Wert der Nickelmünzen 236 000 Lire und der der Kupfermünzen 14 000 Lire nicht übersteigen darf.

Noch immer geringer Fleischverzehr.

Bericht der Viehzentrale G. m. b. H., Berlin-Friedrichsfelde.

Die Lage auf dem Vieh- und Fleischmarkt hat sich im Monat Juli in allen Viehgattungen etwas gebessert. Die Zufuhren zu den Märkten haben infolge der Erntearbeiten, wie das um diese Zeit stets der Fall ist, in allen Viehgattungen nachgelassen. Andererseits hat der Bedarf infolge der großen Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrisis noch keine nennenswerte Belebung erfahren. Infolge der inzwischen in Wirtschaft getretenen erhöhten Bölle ist die Einfuhr aus dem Ausland wesentlich erschwert, so daß die Preisbildung sich in der Hauptsache auf das inländische Angebot stützt. Die im Monat Juni erhöhte Ausfuhrfähigkeit in Schweinen und Fleischprodukten hat bis Anfang Juli angehalten, so daß durch die regierungsförmig vorgenommene Stützungsaktion die rückläufige Bewegung, die bis Ende Juni anhielt, zum Stillstand kam. Die

Spanne zwischen den Vieh- und Fleischpreisen

hat sich in den letzten Monaten zungunsten der letzteren entwickelt. Trotzdem wird man — ebenfalls mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage — nicht annehmen dürfen, daß die gegenwärtigen Preise für Vieh wesentlich steigen, es sei denn, daß die Produktion eine Verminderung und der Verbrauch mit Hilfe der Exportmöglichkeiten eine wesentliche Steigerung erfahren.

Auf dem Rindermarkt

hat die feste Tendenz angehalten und teilweise, besonders in guten Qualitäten, weitere Fortschritte gemacht. Im übrigen gestaltete sich das Geschäft bei mäßigen Umsätzen ruhig. Die Verhandlungen mit den Margarinefabriken zwecks vermehrter Verarbeitung deutschen Talges haben bisher zu einem Erfolge nicht geführt. Immerhin ist aber eine Befestigung des Fettmarktes festzustellen.

Auf dem Kälbermarkt

hat die Aufwärtsbewegung allerdings mit verschiedenen Preisschwankungen weiter angehalten. Die Preise sind zwar Anfang Juli weiter gesunken, bewegen sich aber seither in steigender Richtung.

Die Lage auf dem Schaftmarkt gestaltete sich ebenfalls besser. Der Verbrauch hat eine Erhöhung erfahren.

Auf dem Schweinemarkt

sind die Zufuhren etwas größer. Wie zu erwarten war, hat die Preisbesserung weitere Fortschritte gemacht, trotzdem die Stützungsaktionen inzwischen aufhörten und auch die Fabrikation von Bacon wegen zu starker Zuschüsse eingestellt werden mußte. Auch war die Marktlage für Fett ganz international etwas freundlicher, so daß die Preissteigerung im Monat Juli sieben bis elf Pfennig betrug. Zwischen fetten und leichteren Schweinen hat sich die Preisspanne mit dem Aufhören der Stützungsaktionen zugunsten der fetten Schweine verringert. Der Konsum hat noch keine wesentliche Steigerung erfahren. Man rechnet auf Grund der letzten Viehzählung in den nächsten Monaten mit einer weiteren Erhöhung der Zufuhren.

Auf dem Zucht- und Aufzuchtmarkt gestaltete sich die Marktlage infolge der schlechten Absatzmöglichkeiten für Milch nicht sehr befriedigend.

Auf dem Ferkel- und Läufer Schweinemarkt war die Nachfrage sehr verschieden. Während zu Beginn des Monats ein Rückgang der Preise zu verzeichnen war, ist infolge Steigerung der Schlachtpreise auch das Interesse für Einstellung von Läufer Schweinen wieder größer geworden, so daß die Preise wieder eine kleine Besserung erfahren. Die Preise sind um 50 Prozent niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres, was immerhin beachtenswert ist.

Auf dem Pferdemarkt war das Geschäft wesentlich fester. Es zeigte sich größere Nachfrage seitens der Landwirtschaft nach schweren Pferden, so daß auch die Preise eine entsprechende Erhöhung erfahren. Viele für die Landwirtschaft nicht geeignete Tiere fallen dem Schlachtmesser zum Opfer.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 4. August 1930.

Landmanns Arbeitskalender im August.

Der Erntemonat mit der meisten Beanspruchung der Arbeitskräfte für die Einbringung läßt sich sorgenvoll an. Hafer, Gerste, Weizen, Mengkorn, je nach den Gegenden auch Buchweizen, Hülsenfrüchte, Wohn, Hanf, Hopfen und vor allem Samenfrüchte sollen geerntet und getrocknet werden und noch stehen vielfach die im dauernden Regen der letzten Wochen immer noch nicht getrockneten Roggengarben draußen und harren der Einfuhr. Wir werden gewarnt durch die Erfahrungen der letzten Zeit, alle Getreidemieten, die wir nicht gleich ausdreschen, mit Stroh und Erntepflanzen gut einzudecken. Wenn wir uns sehr dranhaken, können wir jetzt noch auf leichtem Boden Lupinen, auf schwerem Gemenge einsäen, auch Zinnarnackel, Spörgel, Senf, Buchweizen und Gemengegrünfütter gedeihen noch. Bestellung des Wintertrapses und sofortige Vorbereitung der übrigen Winterbestellung auf jedem frei gewordenen Stück. Auf den Weiden alle Unkräuter, die jetzt ihre Samen austreuen, durch ständiges Abschneiden klein halten. Ende des Monats Beginn der Nachmahd, wo wegen der Frühjahrsdürre die Vormahd nicht zu spät erfolgen mußte. Vorbereitung des Saatgutes und der Bestellgeräte. Alles Vieh braucht wegen des Nachlassens der Kraft des Grünfutters jetzt erhöhten Zusatz an eiweißreichen Stoffen, das gilt auch für Pferde und für das Geflügel, welches wegen der Mauer auch mehr Kalk und Schutz vor Erkältungen braucht. Beginn der Ausnützung der Stoppelweide durch Mindvieh, Schafe, Gänse. Im Garten Aussaat der Herbst- und Winter-, z. B. von der Frühjahrsgerste. Anlage neuer Erdbeerbette, Stecklinge von Johannisbeeren und Stachelbeeren machen. Obstern, Vorbereitung der Herbstpflanzung, Veredeln von Äpfeln, Pflaumen, Aprikosen. Im Bienenhaushalt: Schwache Völker vereinigen. Drogen abtreiben. Wo Gelegenheit zur Heidenwanderung ist, mit dieser beginnen, sobald die Blüte voll einsetzt.

Halver

— I 88. Stiftungsfest des Landwehrvereins Halver. Das diesjährige Stiftungsfest wurde am Samstagabend durch Völlerschüsse von der Karlshöhe her angekündigt. Um 8 Uhr begann in der Halle das Instrumental-Konzert, ausgeführt von der Alten Walder Kapelle, Solingen. Die Halle füllte sich bis fast auf den letzten Platz. Eingeleitet wurde der Abend mit dem Marsch „Mit Standarten“ v. Blon. Das abwechslungsreiche Programm, bestand aus 3 Teilen, in jedem derselben waren Erinnerungen aus dem Soldatenleben enthalten, was bei den ehemaligen Soldaten lebhaften Beifall auslöste. Der reiche Beifall veranlaßte die Kapelle mehrere Zugaben zu spielen. Besonderen Beifall fanden die zwei Fanfaren-Märsche für Heroldstompeter; Erinnerungen an Friedrich den Großen 1745, wobei der alte Frik (der Flötenpieler und Poet) in Uniform durch den Saal marschierte und in Begleitung der Kapelle ein Flötensolo spielte, welches tosenden Beifall auslöste. Sodann ist noch zu erwähnen das große patriotische Tongemälde von Werne, welches uns in die Zeit von 1870/71 von Beginn bis zur Rückkehr der Truppen aus diesem siegreichen Feldzuge versetzte. Eine wahre Glanzleistung der Kapelle. Es war bereits Mitternacht als die Kapelle den Schlussmarsch spielte. Alles in allem die Kapelle mit ihrer flotten und guten Musik hat den ehmaligen Kameraden mit ihren Angehörigen einen echt militärischen Abend gegeben.

Der Hauptfesttag, der Sonntag, brachte morgens den Bedruf und Völlerschüsse. Gegen 10 Uhr trat der Verein zum gemeinsamen Kirchgang an. Pfarrer Dr. Große-Dreßelhaus hielt die Predigt über den Brief an die Ephefer 6, 16 und 17. Nach beendigtem Gottesdienste trat der Verein am Kriegerdenkmal an. Nachdem die Musik einen Choral intonierte hatte hielt der Vorsitzende Kam. Corn. Schürmann eine kurze Ansprache. Er gedachte der verstorbenen Kameraden aus Deutschlands großer Zeit von 1866, 1870/71 und legte zum Andenken an diese Helden einen Kranz am Denkmal nieder, worauf die Musik das Lied vom guten Kameraden spielte. Anschließend gab die Kapelle auf dem Marktplatz ein Platzkonzert. Nachmittags um 2.30 Uhr trat der Verein zum Festzuge an. Unter Vorantritt der Alten Walder Kapelle in Uniform und Helm ging es durch die Straßen des Ortes. Am Ehrenmal auf dem Hohenzollernpark wurde Halt gemacht. Der Vorsitzende Kam. Corn. Schürmann hielt eine Ansprache. Er gedachte der Zeit seit Bestehen des Vereins. 88 Jahre lang habe der Landwehrverein Halver getreu dem Geiste echter Kameradschaft gewirkt. Der Verein habe den glorreichen Aufstieg von 1870/71 und den Niedergang des Welt-

Das Gespenst.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Seitdem die Themen Preisverbilligung und Lohnherabsetzung in die politische und wirtschaftliche Arena geworfen worden sind, haben sie eine mehr als genügende akademische Behandlung erfahren, ohne daß man zu einer Einigung über ihre Würdigung und insbesondere über ihr Verhältnis zueinander und ihre Einwirkungen aufeinander gekommen ist. Von einer Verwirklichung sind beide Gedanken jedenfalls noch weit entfernt. Preisverbilligung ist nicht mehr möglich, so erklärt ein großer Teil der interessierten Wirtschaftspraktiker, wie z. B. die Eisenverarbeitung, der Einzelhandel, das Handwerk, ohne daß nicht wirtschaftliche Schäden größeren Ausmaßes eintreten. Lohnherabsetzungen wird gleichfalls von Seiten der Arbeitnehmer Widerstand entgegengesetzt und man ist bereits wieder zum Arbeitsminister als Rabi gelaufen, dessen Spruch man ja gewöhnlich auf beiden Seiten nur mit sehr geteiltem Beifall aufnimmt. So erscheint dieser Weg als praktisch wenig aussichtsreich, so verführerisch er anfangs auf den Theoretiker anlockt. „Verhi beieinander wohnen die Gedanken“, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen! Aber man wird zu einer Einigung kommen müssen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Produzenten und Konsumenten. Die inneren Streitigkeiten werden beiseitegesetzt werden müssen, um dem Einbruch eines äußeren Feindes zu wehren. Wie wir im Kriegsfall auf die Stärke und Ausrüstung des feindlichen Heeres keinen Einfluß haben, sondern sie als gegebene Tatsache hinnehmen müssen und ihnen nur durch Zusammenfassung unserer eigenen Kräfte einen möglichst wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen können, so haben wir dem wirtschaftlichen Hauptfeind, der uns jetzt bedroht, der Weltwirtschaftskrise, gegenüber nur den einen Ausweg, durch möglichsten Zusammengehen und Zusammenstehen aller heimischen Wirtschaftskreise kräftig zu sein, um seine Stöße zu parieren und die Wunden, die er uns bereits schlug, zu heilen. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, deren Abstellung unseren Kräften ja so gut wie völlig entzogen ist und die wie ein elementares Ereignis über uns hereinbricht, sind eine der Hauptursachen deutscher Wirtschaftskrise. Sie können wir in ihrem Verlauf nicht ändern, ihr können wir nur Dämme entgegensetzen. Und die notwendigen Wehren und Deiche werden wir nur errichten können, wenn wir zunächst im eigenen Lande alle Abwehrkräfte frei gemacht haben zu Schutz und Widerstand. Das wird allerdings eine völlig geänderte Einstellung bedingen zu den bisher im Vordergrund stehenden Problemen unserer Wirtschaftspolitik. Wie einst bei Kriegsbeginn wird man viel verbrennen müssen, was man früher angebetet hat, und anbieten, was man verbrannt hat. Die weitere Zielsetzung auf den äußeren Feind wird innere Feindschaft vergessen lassen müssen. Im Kriege nützen Raubhandel nur dem Gegner. Nicht Sieger und Besiegte darf es im eigenen Lande geben, denn auch dem Sieger nützt bei äußerer Gefahr nicht sein errungener Vorteil, sondern nur eine einheitliche Front zur Verteidigung. Geht es doch der Weltkriege gegenüber nicht um einen Eroberungsfeldzug, bei dem bei der Verteilung reicher Beute der Stärkere höheren Nutzen und Gewinn erwerben kann, sondern um einen Verteidigungskrieg, bei dem Leben und Existenz der Schwachen sowohl wie der Starren auf dem Spiele stehen. Doppelt gefährlich ist der Angriff, den unsere Wirtschaft zurzeit aushalten muß, weil diese Weltwirtschaftskrise ja kein Gegner von Fleisch und Blut ist, sondern einem Gespenst gleich, das unsichtbar uns anschleicht. Unsere Abwehrkräfte und -mittel gehen durch es hindurch, ohne es zu verletzen und aufzuhalten. Wie ein fahler, feuchter Nebel schleicht es heran, deckt uns zu, bringt in alle unsere Poren mit giftigem Hauch und wir können nichts tun, als durch eine Festigung unserer inneren Gesundheit seine Einwirkungen zu mildern. Eine konstitutionelle Schwäche, die unsere Widerstandskraft erheblich lähmt und gegen die wir auch wohl so bald nichts werden tun können, sind die Reparationszahlungen, die uns belasten; um so mehr werden wir darauf bedacht sein müssen, die Störungen, deren Verringerung in unserer Hand liegt, abzutun. Es sind dies vor allem „die Überspizung des Solidaritätsgedankens“ auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite in den Fragen von Lohn, Arbeitszeit und Sozialpolitik und ferner die Finanz- und Steuerpolitik von Reich, Ländern und Gemeinden, die einer gründlichen Änderung bedarf, damit wir nicht noch einmal einen solchen Ansturm auf unsere Geldbeutel erleben, wie jetzt, um die Niederbegriff der verschiedenen öffentlichen Haushalte wenigstens notdürftig zu decken. Wird es uns gelingen, diese Schäden am eigenen Leibe zu heilen, so werden wir noch immer einen genügend schweren Stand haben dem drohenden Gespenst der allgemeinen Krise gegenüber, das in vorher nie gekanntem Ausmaß die Wirtschaften der Welt in lähmenden Vann schlägt. Dr. S.

DER GUCKKASTEN.

Die höchste Flugstrecke der Welt.

Auf der südamerikanischen Luftverkehrsstrecke zwischen Santiago in Chile und Mendoza im Westen Argentiniens nahe der Grenze von Chile müssen die Anden überflogen werden, wozu, wie wir in der Zeitschrift „Verteiler und Wälder“ lesen, die Flugzeuge Höhen von 6000 Metern aufsuchen. Bei ungünstiger Witterung geschieht es häufig, daß die Flugzeugführer sogar noch größere Höhen innehalten müssen, wobei einige Fluggäste Herz- und Atembeschwerden bekamen. Aus diesem Grunde wurden die Flugzeuge der amerikanischen Gesellschaften, die diese Strecken befliegen, mit Sauerstoffatmungsgeräten für die Fluggäste ausgerüstet, die diese, falls sie es für erforderlich halten, ohne weiteres benutzen können. — Die Strecke Santiago-Mendoza ist ein kleiner Abschnitt der großen südamerikanischen Kontinentalflugstrecke von Santiago nach Buenos Aires in Argentinien, den beiden wichtigsten Hafenplätzen Südamerikas an den Küsten des Stillen und Atlantischen Ozeans. Beide Hafenplätze waren noch vor anderthalb Jahren nur durch den Landweg, der eine viertägige Reise erforderte, verbunden. Die Flugzeuge legen diesen Weg jetzt in einem Tage zurück und werden infolgedessen sehr rege benutzt.

Die Steuereinnahmen der Klein- und Mittelstädte.

Aus Veröffentlichungen des Reichsstatistikbundes über die Steuereinnahmen der kleinen und mittleren Städte geht hervor, daß in Preußen die kleinsten Städte bis zu 2000 Einwohnern etwa 30 Mark je Kopf der Bevölkerung durchschnittlich an Steuern vereinnahmen, die Städte von 2001 bis 5000 Einwohnern etwa 40 Mark, die Städte von 5001 bis 10 000 Einwohnern 48 Mark und die Städte von 10 001 bis 25 000 Einwohnern 52 Mark.

wohnern nahezu 70 Mark. Im Freistaat Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe liegen die durchschnittlichen Einnahmen je Kopf der Bevölkerung im allgemeinen unter dem Durchschnitt für Preußen. In einigen baltischen, hamburgischen und schleswig-holsteinischen Städten erreichen sich zum Teil höhere Durchschnitts. In Preußen selbst zeigen sich starke Abweichungen von dem Gesamtdurchschnitt in den einzelnen Provinzen, vor allem sind in den östlichen preussischen Provinzen die Steuereinnahmen häufig niedriger als im Durchschnitt.

Die Lähmungsseuche im Elsaß.

Zahlreiche neue Krankheitsfälle.

Die Kinderlähmungsseuche, die im Elsaß und in Lothringen nun schon einen Monat andauert, hat ein starkes Abebben des Stromes der Ferienreisenden in den Vogesen zur Folge gehabt. In den letzten Tagen wurden vierzehn neue Krankheitsfälle gemeldet. Zu neun Zehnteln sind die betroffenen Kinder jünger als fünf Jahre. Im Oberelsaß scheint die Epidemie erloschen zu sein. Anders ist es in Lothringen, wo die Epidemie sich ausbreitet und auch unter dem Militär Opfer fordert. In Metz-Stadt erkrankten zwei Kinder und zwölf Soldaten, in Metz-Land zählt man elf Krankheitsfälle, in den Kreisen Volken und Chateau-Salins je einen Fall, im Kreise Forbach drei, im Kreise Saargemünd vier und in dem hauptsächlich betroffenen Kreise Saargemünd vierzehn Fälle.

Die epidemische Kinderlähmung.

Aus dem Elsaß, aus großen Teilen Lothringens und aus dem Saargebiet, aus Holland, Schweden und Finnland kommen erscheinende Nachrichten über das Auftreten der epidemischen Kinderlähmung. Im Elsaß und im Saargebiet sind zahlreiche Schulen geschlossen und Kindertransporte nach auswärts untersagt worden. Die Krankheit hat bereits zahlreiche Todesopfer gefordert. Unter Lähmung versteht die Medizin einen Zustand, bei dem die Muskelkraft durch Entzündung der Muskeln oder der sie beherrschenden Nerven geschwächt oder vernichtet wird. Die sog. Kinderlähmung oder „essentielle Lähmung“ ist eine eigenartige Form der Lähmung. Sie tritt meist bei ganz jungen Kindern auf, und zwar plötzlich und unter hohem Fieber, Delirien, Krämpfen und anderen Hirnerscheinungen. Es tritt eine vollständige Lähmung der beiden unteren Extremitäten, manchmal aber auch der Arme oder eines Beines oder eines Armes, ein. Diese Lähmung führt zu fester Entartung und zum Schwund der Muskulatur und weiterhin zu mannigfachen dauernden Verkrümmungen der Fußgelenke. Das Wesen der merkwürdigen Krankheit, deren eigentliche Ursachen noch nicht ganz ergründet sind, besteht in einer herabgesetzten Entzündung eines Teiles des Rückenmarks, aus dem die Bewegungsnerven entspringen. Eine ähnliche Krankheit kommt übrigens auch mitunter bei Erwachsenen als sog. „akute atrophische Spinallähmung“ vor. Die Übertragung der epidemischen Kinderlähmung kann auf verschiedene Weise erfolgen: durch direkte Ansteckung von Kind zu Kind, durch Schweiß und Auswurf, durch Gegenstände, denen die Krankheitserreger anhaften (z. B. durch Taschentücher), durch Wanzen, Flöhe und Fliegen usw. Besonders häufig pflegen die Erkrankungen in den Monaten August und September zu sein. In günstig verlaufenden Fällen verschwinden die Lähmungserscheinungen nach einigen Wochen oder Monaten. Ist jedoch nach längstens sechs Monaten die Lähmung noch nicht verschwunden, so muß fast immer mit einer dauernden Lähmung gerechnet werden: die Kinder bleiben Krüppel.

Die Finanzierung der neuen Ernte.

Richtlinien für beschleunigte Durchführung.

Bekanntlich haben Verhandlungen über die Gestaltung der diesjährigen Erntefinanzierung zwischen dem Reichsernährungsministerium und den verschiedenen zentralen Kreditinstituten stattgefunden, die zu einer Zusage der finanziellen Beteiligung dieser Institute an der Getreidebewegung dieses Jahres führten. Von der Festlegung zentraler einheitlicher Richtlinien für die Durchführung dieser Aktion wurde dabei Abstand genommen, so daß es den einzelnen Instituten selbst überlassen bleibt, die im Interesse beschleunigter Durchführung liegenden Richtlinien herauszugeben.

Diese Richtlinien liegen inzwischen vor. Hiernach hat sich der Landwirt im Bedarfsfall mit seinem Anliegen an seine Genossenschaft, Sparkasse, an die der Deutschen Landesbankzentrale angeschlossene Landesbank bzw. Provinzialbank oder an die örtlichen Reichsbankanstalten zu wenden, die von ihren Zentralstellen mit den erforderlichen Anweisungen versehen sind.

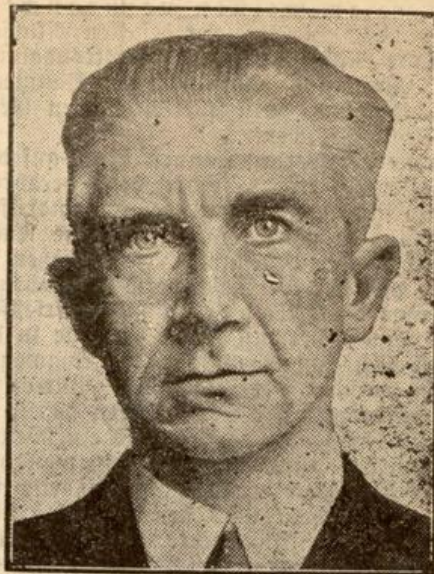
Ganz allgemein kann bezüglich der diesjährigen Erntefinanzierungsaktion im Gegensatz zum Vorjahre gesagt werden, daß weit höhere Mittel zur Verfügung stehen und daß die Bedingungen nicht unerheblich günstiger liegen.

Was die Erntefinanzierung durch die Genossenschaften anbelangt, so bevorzugt die Getreideindustrie und Kommissions-A.-G. (Schöner) den landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften analog den Bedingungen des Vorjahres Lieferungsverträge mit und ohne Preisfestlegung auf die Dauer von drei Monaten bis zu 60 Prozent des Warenwertes zu sechs Prozent (Vorjahr 8,75 Prozent).

Die Kredithergabe über die Sparkassen erfolgt gegen Wechsel, bis zum 30. November d. J. befristet. Zu diesem Zeitpunkt müssen 50 Prozent des Gesamtbetrages abgedeckt werden. Für den Restbetrag besteht im Einzelfalle Prolongationsmöglichkeit für weitere drei Monate. Der letzte Darlehensnehmer darf nicht höher als mit 6,25 Prozent, einschließlich aller Unkosten und Provisionen, ausschließlich Wechselstempel, belastet werden.

Ähnlich lauten die Bedingungen der Deutschen Landesbankzentrale, deren Erntefinanzierungsmittel gleich denen der Deutschen Girozentrale von der Rentenbankkreditanstalt stammen. — Die Finanzierung erfolgt auch hier gegen Hergabe eines Dreimonatswechsels mit der Maßgabe einer zweimaligen Prolongation, so daß sich die Finanzierungsdauer auf neun Monate erstreckt. Nach Ablauf der ersten drei Monate sind 50 Prozent, der weiteren drei und drei Monate je 25 Prozent des Wechselkredits abzudecken. Der letzte Darlehensnehmer darf wiederum, wie bei den Sparkassen, nicht höher als mit 6,25 Prozent belastet werden.

Auch die Reichsbankanstalten sind durch das Direktorium der Reichsbank über den Ankauf landwirtschaftlicher Wechsel zum derzeitigen Diskontsatz von vier Prozent im Rahmen der diesjährigen Erntefinanzierungsaktion unterrichtet worden.



Der neue Führer der Deutschen Staatspartei — an Stelle des zurückgetretenen Reichsjustizministers a. D. Dr. Koch-Weiser — ist der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Aschoff.

Wie glüht er im Glase...

Die Wahrheit in der Flasche.

Während an Rhein und Mosel, an Saar und Ruwer, in der Pfalz und am Bodensee die Neben reifen und hoffentlich den wirklich nicht auf Rosen gebetteten deutschen Winzern einen genügenden Lohn harter Jahresarbeit bringen, wird noch vor Eintritt der neuen Lese, nämlich am 1. September, das neue Weingesetz in Kraft treten; kurz bevor der Reichstag aufgelöst wurde, aber nach langer eindringlicher Arbeit hat er den Gesetzentwurf verabschiedet. Einige Bestimmungen allerdings werden erst am 1. April nächsten Jahres wirksam, — und gerade die Dinge, die in diesen Bestimmungen berührt werden, drängen schon lange nach einer gründlichen Regelung. Es handelt sich dabei einmal um die jetzt schon zum Massenkonsum gewordenen Dessert- (Süß-, Süß-) weine; die dürfen jetzt nur noch wieder mit solchen Dessertweinen verschnitten werden, nicht aber mit sonstigen Weinen. Vor allem aber dürfen diese Süßweine nicht mehr, wie es bisher sehr beliebter Gebrauch war, etwa beim Übertritt über die deutsche Zollgrenze „geprießt“ werden, also einen Zusatz von — Trinfbranntwein erhalten, der ja jenseits der deutschen Grenze außerordentlich billig ist. Derartig „geprießte“ Süßweine haben dann einen überaus hohen Alkoholgehalt, sind damit in Deutschland zu sehr scharfen Konkurrenten des Monopoltrinfbranntweins nicht nur beim Konsum geworden, sondern man benutzte — bis ein kürzlich erlassenes Gesetz dies verbot — die „geprießten“ Weine auch in großem Umfang für die Vitroverteilung an Stelle des „Monopolspirts“, auf dem ja eine gewaltige Steuer liegt. Natürlich hat der deutsche Weinbau davon gewisse Vorteile, weil nämlich der ungesprießte Süßwein den Deutschen weniger gut schmeckt, auch die von manchem Weintrinker — wobei der Ton auf „Trinken“ liegt — gewünschte „schnelle Wirkung“ denn doch etwas verlangsamt wird!

Überhaupt ist es Ziel des Weingesetzes: Der Konsumant soll wissen, was er „im Glase hat“. Die Trennung zwischen „naturellen“ und „Verschnitt“-weinen wird scharf kenntlich gemacht auch in der „Flaschenbeschriftung“, wie man das „Etikettieren“ jetzt umbenannt hat. Bisher war „Riesener“ auch dann in der Flasche, wenn dieser Wein auch nur einen überwiegenden Teil der Gesamtmenge ausmachte; jetzt aber, dem neuen Weingesetz gemäß, müssen mindestens zwei Drittel wirklicher Riesener sein, muß er die Art bestimmen, wenn auf dem „Flaschenschild“ der „Riesener“ erscheinen soll. Dazu kommt jedoch eine zweite, volks- oder vielmehr weinwirtschaftlich noch wichtigere Bestimmung: Deutscher Wein darf nur mit deutschem Wein verschnitten werden. Wenigstens der Weißwein; beim deutschen Rotwein ist der Zusatz aus ausländischen Weinen, aber auch nur bis zu 25 Prozent der Gesamtmenge, zulässig. Wenn es also heißt: Trinkt deutschen Wein!, so wird man in Zukunft wohl damit rechnen können, beim Weißwein wirklich nur deutschen Erzeugnis zu erhalten. Daß mit dieser Bestimmung eine alte Forderung des deutschen Weinbaues erfüllt wird, ist selbstverständliche Folge der bisherigen Überschwemmung mit ausländischen Verschnittweinen.

Mancher Jahrgang — zuletzt war es der 1928er — erfreut ja nicht gerade des Menschen Herz infolge seiner großen, beim heutigen Konsum unbeliebten Herbe. Er wird also „gezuckert“; aber auch hier darf Zuckerwasser nur bis zu 25 Prozent der Gesamtmenge des Weines zugefügt, der Wein also nicht allzusehr „getauft“ werden. Abgesehen ist auch für diesen Wein — wie überhaupt für alle — die Namensnennung des Weinerzeugers auf dem „Flaschenschild“ zulässig; allerdings darf bei Verschnittweinen das „namengeben“ zweidrittel nicht gezuckert sein. Sonst ist der bisherige liberale Gebrauch, Weine, die nach einer bestimmten Weinbergschlag benannt sind, unter diesem Namen auch dann in den Handel zu bringen, wenn er aus einer benachbarten Gemarkung stammt, aber sonst gleichartig und gleichwertig ist, beibehalten.

Der Reichstag hat noch in einer besonderen Entschließung dringend der Reichsregierung ans Herz gelegt, die Beachtung des Gesetzes durch scharfe, einheitliche und gleichmäßige Überwachung durchzusetzen. Und zwar nicht bloß im Interesse des deutschen Weintrinkers, sondern auch des schwer ringenden Weinbaues, der vor Benachteiligung und Unlauterkeit geschützt werden soll. Das: Trinkt deutschen Wein! soll nicht bloß eine Mahnung sein, sondern sich selbst empfehlen. „Rein glüht er im Glase...“

Im „Milchsalon“.

Das Glas Milch auf der Speisefarte.

Da sitzen in den holländischen Orten die großen und kleinen Mädchen zur Frühstückszeit in den so beliebten und überall verstreuten ganz einfachen „Milk salons“ und nehmen das reichlich mitgebrachte Frühstück aus ihren Köffern, um es zu einem Glase frischer Milch zu verzehren. Dann wandern sie wieder zu den nächsten Schulstunden in die Klasse, um erst abends um 6 Uhr zur allgemeinen Essenszeit nach Hause zurückzukehren.

Ein schweres Explosionsunglück.

Drei Arbeiter getötet.

Bei der Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger in Knapstad bei Köln ereignete sich eine folgenschwere Explosion. In einem Räume, in dem die für die Arbeit mit dem Stickstoffdünger erforderlichen Gasdruckmaschinen auf ihre Betriebssicherheit untersucht werden, explodierten plötzlich unter lautem Getöse Reizgase und eine große Stickstofflampe empor. Die Arbeiter, die in dem Räume beschäftigten Arbeiter gerieten in Brand. Die Arbeiter erlitten schwere Brandwunden und wurden ins Krankenhaus gebracht, wo drei ihren schweren Verletzungen erliegen sind. Ein anderer Arbeiter schwebt noch in Lebensgefahr. Man vermutet, daß Reizgase durch eine glimmende Zigarette zur Entzündung gelangt sind.

Die Tragödie im Walde.

Der Leichenfund im Walde in der Nähe des Hirschler Brink, über den bereits berichtet wurde, konnte inzwischen restlos aufgeklärt werden. Es war der Lokomotivführer Lewandowski und seine Frau aus Efeld bei Schwarmstedt. Der Mann war 1870 in Kulmssee in Westpreußen geboren; seine Frau stammte aus Anrath. Sie waren in der vorigen Woche in Riesenbeck in einer Gastwirtschaft eingekerkert, waren aber so gut wie mittellos und hatten dort einige Tage Unterkunft erhalten. Der Mann erzählte dem Gastwirt, daß er sich in Frankfurt a. M. um eine Stellung beworben, sie aber nicht erhalten habe und nun mittellos dahe. Er wollte sich in Braunschweig an einen Freund wenden und von ihm Hilfe erbitten. Das Paar dürfte dann aber von Verweiflung erfaßt worden sein und hat seinem Leben durch Dessen der Pulsadern ein Ende gemacht.

Mangelhafte Autostraßen nach Ilseburg und Wernigerode.

Auf die schlechte Beschaffenheit der Straßen am Harz, besonders zwischen Wernigerode und Ilseburg, ist schon wiederholt hingewiesen und deren schlechter Zustand öffentlich bekanntgegeben. Eine Besserung ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt, wohl aber sieht man außer den Schildern „Achtung! Schlaglöcher!“ jetzt neuerdings die Schilder „Achtung! Schlechte Wegstrecke!“ prangen, die eine deutliche Sprache reden. Solche Schilder befinden sich an der Landstraße nach Wernigerode hinter dem Dorf Drübeck und an der Straße von Ilseburg nach Stapelburg. Ob nach weiteren Verschlechterungen an den Straßen statt Instandsetzung wieder andere Schilder gesetzt werden, um auf die schlechte Beschaffenheit der Straßen hinzuweisen? Es ist dringend erforderlich, daß man sich an den behördlichen Stellen mit der Frage betraut, der Straßenbeschaffenheit beschäftigt, um den Kurorten Wernigerode und Ilseburg bessere Zufahrtsstraßen zu schaffen.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 3. August.

Deutscher Stenographentag in Berlin.

Berlin. Mit der Eröffnung einer stenographischen Ausstellung wurde der Öffentlichkeit ein Einblick in das stenographische Wirken gegeben. Die geschäftliche Abteilung bietet eine wertvolle Auswahl aus den reichen Schätzen der Bibliothek des Stenographischen Landesamts Dresden. Zahlreiche

Schriftproben an Hand seltener Originalwerke, die von den alten Griechen und Römern ausgehen, veranschaulichen die einzelnen Perioden der schriftlichen Entwicklung. In der deutschen Abteilung werden die vorgabensbergerischen geometrischen Systeme berücksichtigt. Ein Begrüßungsabend fand in der Philharmonie statt. Vor der Festversammlung am Sonntag fand ein Bundeswettbewerb statt. Auf der Festversammlung wurde ein Begrüßungsschreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg bekanntgegeben. Staatssekretär Dr. Schulz hielt die Festansprache. Oberregierungsrat Dr. Becker überbrachte die Grüße des Reichsinnenministers, des Reichsfinanzministers und des Reichspostministers. Ebenso ließ die preussische Staatsregierung ihre Wünsche ausprechen.

Gehaltsfrage gegen Nordwest abgewiesen.

Düsseldorf. Die von dem Deutschen Nationalen Handlungsgehilfsverband eingebrachte Klage wegen angeblicher Verletzung der Friedenspflicht durch den Abbau der überörtlichen Bezüge wurde vom Arbeitsgericht Düsseldorf abgewiesen. In der Begründung wird gesagt, daß die Friedenspflicht durch den konjunkturell bedingten Gehaltsabbau nicht verletzt sei. Die Verwertung der Leistung in der überörtlichen Bezahlung sei, wie es in der Begründung weiter heißt, dem Ermessen der einzelnen Werke überlassen und auch abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage. Die Klage soll weiter an das Reichsgericht gebracht werden.

Reichstagsabgeordneter Dr. Haas gestorben.

Karlsruhe. Hier verstarb nach längerem Leiden im 55. Lebensjahr der ehemalige Reichstagsabg. Dr. Ludwig Haas, eines der führenden Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei. Der Verstorbenen gehörte dem Reichstag seit 1912 an. Er war 1919 Mitglied der vorläufigen Volksregierung in Baden und Mitglied der Badener Nationalversammlung. Seit 1928 hatte Haas den Vorsitz der Demokratischen Reichstagsfraktion geführt, war aber 1930 erkrankt. Die Folgen der Erkrankung führten jetzt zu seinem Tode.

Postflugzeug in den Genfer See gestürzt.

Lausanne. Das Postflugzeug, das den Dienst zwischen Lausanne-Duchy und Evian (Savoie) versieht, stürzte in der Nähe von Lausanne in den Genfer See. Die aus zwei Mann bestehende Besatzung erlitt schwere Verletzungen. Von den drei Passagieren sind zwei ertrunken, der dritte, eine Dame, wurde schwer verletzt.

Französisch-polnisches Luftverkehrsabkommen.

Paris. Zwischen Frankreich und Polen ist ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet worden. Der Zweck dieses Abkommens ist gemeinschaftliche Ausnutzung der Luftverkehrswege beider Staaten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, gemeinschaftliche Benutzung der Flugplätze, Zollerleichterungen für Flugzeuge und Erleichterungen, gegenseitige Hilfe bei Notlandungen und Unglücksfällen usw. Das Abkommen ist im Rahmen der internationalen Luftfahrtkonvention vom 13. Oktober 1919 auf fünf Jahre abgeschlossen.

Generalfestreit in Lille.

Lille. Die französische Streikbewegung hat erneut an Ausdehnung zugenommen. Die Metallarbeitergewerkschaften von Lille haben den Generalfestreit ausgerufen. Die meisten Werke der Metallindustrie mußten daher stillgelegt werden. Die Bauarbeiter, die sich bisher nicht beteiligt hatten, haben gleichfalls den Arbeitgebern ihre Forderungen überreicht und erklärt, daß sie am Montag in den Streik treten würden, falls ihre Wünsche bis dahin nicht erfüllt würden. Nach wie vor besteht die Wahrscheinlichkeit, daß am Montag in Roubaix und Tourcoing der Generalfestreit ausbricht. In Rouen haben die Textilindustriellen eine sechsprozentige Lohnerhöhung beschlossen.

Die Unpäßlichkeit des Papstes.

Rom. Zu der veröffentlichten Meldung, wonach sich der Papst in Lebensgefahr befinde und seit einigen Wochen bettlägerig sei, kann festgestellt werden, daß nach dem vatikanischen „Osservatore Romano“ der Papst am Sonnabend vier Kurienkardinäle, am Freitag den beim Vatikan beglaubigten jugoslawischen Gesandten Simitsch und am Donnerstag 150 Führer der italienischen katholischen Jugendbewegung in

Privataudienz empfangen hat. Daß der Papst seit langem an einer Erkrankung der Prostata leidet, ist bekannt.

Italienisch-russisches Wirtschaftsabkommen.

Rom. Durch die italienischen Minister für Finanzen und Korporationen einerseits und durch den Vertreter des sowjetrussischen Volkskommissariats für Handel, Ljubinow, wurde ein Vertrag unterzeichnet, der den Absatz italienischer Industrieerzeugnisse fördern soll und insofern besonders bedeutungsvoll ist, als er den Anfang einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern darstellt. Der Abschluß dieses Vertrages steht im Zusammenhang mit der amerikanischen Zollsenkung und der dadurch notwendig gewordenen Änderung der italienischen Handelspolitik.

Die Aufhebung der amerikanischen Einfuhrsperre.

Rom. Man ist in Moskauer politischen Kreisen über die Aufhebung der Sperre der russischen Einfuhr nach Amerika außerordentlich befriedigt. Das Handelskommissariat hat die Amtorg angewiesen, mit amerikanischen Firmen neue Verhandlungen über Lieferungen und Bestellungen aufzunehmen.

Unwetterkatastrophe in Südslawien.

Aber Kram und Umgebung ging ein ungewöhnlich schweres Unwetter nieder, das an den Feldern und Weinbergen großen Schaden anrichtete. 2000 Morgen Weingärten wurden bis zu 70 Prozent vernichtet. Die Maisernte wurde fast zur Hälfte zerstört. Der Gesamtschaden wird auf 25 Millionen Dinar geschätzt.

Grubenunglück in Ohio.

In Tiltonville im Staate Ohio wurde die Kohlengrube Redbird von Schlagwettern zum größten Teil zerstört. Bei dem Unglück wurden zehn Bergleute schwer verletzt, von denen drei mit dem Tode ringen. Acht Arbeiter werden außerdem vermisst.

Turnen, Spiel und Sport.

Kierspe, den 4. August 1930.

—b Zu dem Kreisturnfest des Kreises Sa der D. in Hamm hatte auch der hiesige T. V. Jahn einige Turner bzw. Turnerinnen entsandt, und konnten die meisten der Teilnehmer recht achtbare Erfolge für sich verbuchen. Im 7. Kampf der Turnerinnen errangen Gerda Weigl mit 98 Punkten den 28. Sieg und Frieda Fimmern mit 96 Punkten den 30. Sieg. Im Kampfe der Älteren konnten Ewald Schröder den 17. Kranz mit 136 Punkten und Karl Bollmann mit 120 Punkten den 31. Kranz erringen. Im Kampfe der Männer legte Hugo Holz den 24. Platz mit 79 Punkten. Leider war dem einzigen Teilnehmer von sämtlichen ländlichen Vereinen, am 12. Kampf, A. Heßmert vom hiesigen Turnverein der Erfolg infolge einer Armerverletzung verfallen. Alles in allem kann der T. V. „Jahn“ jedoch mit Stolz auf seine entsandten Kämpfer blicken, beweisen doch die erzielten Erfolge, mit welcher Energie sie seine Farben überall zu vertreten wissen. Den siegreichen Teilnehmern ein kräftiges „Gut Heil“!

Aus dem Parteileben.

Der erweiterte Vorstand des Landesverbandes Arnberg (Westfalen-Süd) der D. N. B. P., am 3. August in außerordentlich zahlreicher Beteiligung in Tagen tagend, spricht einstimmig erneut dem Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei, Herrn Dr. Hugenberg, vollstes Vertrauen aus und gelobt weitere treue Gefolgschaft.

Trotz aller Splitter in der Partei, Wir stehen treu zur Liste Drei.

Schriftleitung: Wilh. Bell Jr., Halver i. Westf.



Nach langem, schweren Leiden verschied heute nachmittag 1 1/2 Uhr mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Fabrikarbeiter

Wilhelm Groll sen.

im Alter von beinahe 77 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver u. Radevormwald, den 2. Aug. 1930.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. August nachmittags 3.30 Uhr vom Sterbehause aus statt.



Nachruf.

Am 2. August verschied sanft nach längerem Leiden einer unserer ältesten Arbeiter und Mitarbeiter

Wilh. Groll

im Alter von 77 Jahren.

Lange Jahre war er in unserem Betriebe tätig. Wir verlieren in dem Entschlafenen einen treuen, gewissenhaften Arbeiter und Mitarbeiter, und betrauern wir mit seiner Familie sein Hinscheiden.

Ein dauerndes Andenken ist ihm sicher.

Inhaber, Angestellte und Arbeiter der Firma Dresbach & Cie. Halver.



Jungdeutscher Orden
Bruderschaft Halver.

Nächster
Pflichtabend
am
Mittwoch, 13. Aug.

A. Kaiser

| Photograph

Halver i. W.

Berlinerstraße 5.

Erhalte in den nächsten Tagen eine Waggonladung

Weißkalk

in Stücken u. gemahlen.

Bestellungen erbittet umgehend

E. Zimmermann,
Obl.-Rönfahl
Telefon Nr. 11 Rönfahl.

Für Wirte

empfehle:

Biergläser,
Pilsener Henkel-
seidel (2/30 Liter)
Walzenseidel,
Harzer Pokale,
Likörgläser,
Weingläser,
Gläserbürsten
u. s. w.

Wilh. Bell Jr.

Nur einen Tag!

Wie gestaltet sich ihre Zukunft?

Dienstag, den 5. Aug. sind in Halver Sprechstunden für experimentelle Psychologie d. h.

Kein Wahrsagen!

sondern das Berechnen u. das Erkennen aus der Handchrift, von Charakter u. Schicksal, wie Orts-, Stellen- u. Berufswechsel, Veränderungen, Umstellungen, Ausgang wichtiger Ereignisse, aus Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft auf nur streng wissenschaftlicher Basis. Es wird gebeten, 10 Zeilen Geschriebenes mitzubringen.

H. Hugl,

Hotel zur Post.
Sprechstunden vorm. 10—1 Uhr, nachm. 4—7.30 Uhr.

FLECHTEN

Herr E. G. Schöppelsdorf schreibt uns: „Unterzeichneter bezeugt, daß ich durch Sie von den lästigen Flechten, an welchen ich 11 Jahre gelitten habe, in 8 Tagen geheilt worden bin.“

Auskunft kostenlos.

Sanitas-Vertrieb, Zirndorf (Bayern).

Im
„Haro“
Glasfüllhalter

besitzen Sie mehr als einen gewöhnl. Füllhalter

Stück zu 3 u. 3.50 M.

auswechselbare Feder
— 30 Pfg.

Alle Durchschriften mit „Haro“
Sie können den „Haro“ steil wie einen Griffel halten und erzielen dadurch 3 und mehr scharfe Durchschriften

vorrätig in der Buchhandl.

Wilh. Bell Jr.

Halver. :-: :-

Karl Pirberg
Margarete Pirberg
geb. Wetteke

Vermählte.

Dortmund

Halver

5. August 1930.



Samstag, d. 9. August,

nachm. 4.30 Uhr

Bersammlung

in Burschhausen.

Der Vorstand.



2 fast neue

Fahrräder

1 Halbbrenner,

1 Herrenrad

billig abzugeben.

Biepenstock,

Lüdenscheid, Wehbergstraße 24,

Telefon 4519.

Im Arztbezirk Brügge — Oberbrügge übernimmt Herr Dr. Augustin ab 1. August im wesentlichen die Außenpraxis. (Besuchspraxis)

Sprechstunden des Dr. Augustin: wie bisher.

Sprechstunden des Dr. Beutler: täglich von 8 1/2—10 1/2 Uhr vormittags
Montag und Donnerstag,
nachmittags 4.30—5 Uhr.

Dienstag und Freitag, nachmittags 4.15 Uhr in Ehringhausen. Besuchsanforderungen werden möglichst während der Morgensprechstunden erbeten.

Dr. Augustin. **Dr. Beutler.**

Inferieren bringt Gewinn!